

Stadtkanzlei

Rathaus, Postfach 145, CH-3602 Thun

Telefon +41 (0)33 225 82 21, Fax +41 (0)33 225 82 02
stadtrat@thun.ch, www.thun.ch**Protokoll****Stadtrat von Thun****Sitzung 02/2013 vom 14. Februar 2013, 17.00 Uhr, Rathaus, Thun**

Anwesend**Stadtrat**

Vorsitz: Stadtratspräsident Peter Aegerter

Damen und Herren Hanspeter Aellig, Suzanne Albrecht Wyss, Martin Allemann (bis Geschäft Nr. 14), Heidi Anderes, Jonas Baumann-Fuchs, Alfred Blaser, Christine Buchs, Piero Catani, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Susanna Ernst Wyss, Peter Fahrni (bis Geschäft Nr. 13), Konrad Hädener, Thomas Hiltbold, Christian Josi, Sabine Kaufmann, Alain Kleiner, Andreas Kübli, Nora Läng (bis Geschäft Nr. 14), Lukas Lanzrein, Manfred Locher, Thomas Marghitola, Sandra Rupp Gyger, Sandra Ryser, Daniel Schenk, Reto Schertenleib (bis Geschäft Nr. 13), Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Heinz Schürch, Simon Schweizer, Ursula Stöckli, Peter Stutz, Zeno Supersaxo, Reto Vannini, Simon Werren, Matthias Wiedmer

Gemeinderat

Stadtratspräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Ursula Haller, Gemeinderäte Roman Gimmel und Peter Siegenthaler

Ferner

Stadtschreiber Bruno Huwyler

SekretariatStadtratssekretär Remo Berlinger
Protokollantin Alexandra Bachmann**Entschuldigt**

Gemeinderätin Marianne Dumermuth Lehmann und Stadtrat Serge Lanz

Schluss der Sitzung19.45 Uhr

Der Stadtratspräsident eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden. Speziell begrüsst er Heidi Anderes (EVP) und Zeno Supersaxo (FDP) als neue Stadratsmitglieder. Er wünscht ihnen für ihre Arbeit im Rat viel Befriedigung.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, schlägt *Christine Buchs (FDP)* als ständige Ersatzstimmzählerin für den abwesenden Serge Lanz (FDP) vor.

Der Rat wählt Christine Buchs (FDP) einstimmig als Ersatzstimmzählerin. Ihre Wahl gilt bis zur Rückkehr von Serge Lanz.

9. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 18. Januar 2013

Das Protokoll wird **vom Rat** einstimmig genehmigt.

10. Stadträtliche Kommissionen

a) Ersatzwahl SAKO Präsidiales und Finanzen P+F anstelle von Peter Dütschler (FDP)

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, schlägt *Zeno Supersaxo (FDP)* als Kommissionsmitglied vor.

b) Ersatzwahl SAKO Bau und Liegenschaften B+L anstelle von Jürg Dällenbach (FdM)

Andreas Kübli, **Fraktion der Mitte**, schlägt *Heidi Anderes (EVP)* als neues Mitglied und Vizepräsidentin vor.

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 lit. b) Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme der Wahlvorschläge der FDP- und FdM-Fraktionen, beschliesst:

1. In die Sachkommission Präsidiales und Finanzen (P+F) wird als Mitglied anstelle von Peter Dütschler per sofort gewählt: Zeno Supersaxo (FDP).
2. In die Sachkommission Bau und Liegenschaften (B+L) wird als Mitglied und Vizepräsidentin anstelle von Jürg Dällenbach per sofort gewählt: Heidi Anderes (FdM).

11. Gemeindeinitiative "Für das Erstellen eines Winterdachs im Strandbad Thun"

Entscheid des Stadtrates über Annahme (in eigener Kompetenz) oder Ablehnung (zuhanden der Stimmberechtigten)

Bericht des Gemeinderates Nr. 4/3013

A. Bericht des Gemeinderates

Gemeinderätin Ursula Haller verweist auf die zugestellten Unterlagen. Sie nimmt später zum Antrag der SVP und zum Zeitpunkt der Volksabstimmung Stellung.

Peter Stutz, **SAKO BiSK**, weist darauf hin, dass die Umstände in Schaffhausen nicht mit den hiesigen vergleichbar sind. Die dortige Traglufthalle ist in einer Sportanlage integriert, deren Abwärme genutzt werden kann. Die Argumente des Gemeinderates haben die Kommission überzeugt. Sie unterstützt die Anträge des Gemeinderates einstimmig. Die Finanzierbarkeit des Projektes ist nicht gegeben. Trotzdem ist die Kommission der Meinung, dass in Thun ein Hallenbad notwendig ist.

Die **Fraktion Grüne**, so Stadtrat Stutz, stimmt dem Antrag des Gemeinderates ebenfalls einstimmig zu. Der Fraktion ist es ebenfalls ein Anliegen, dass die Stadt ein richtiges Hallenbad erstellt. Es sollte zentral gelegen, mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen sowie mit einem guten Energiekonzept ausgestattet sein. Zudem muss das Projekt vernünftig finanziert werden. Ob öffentlich, privat oder per Public Private Partnership ist nicht entscheidend.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, informiert, dass eine knappe Mehrheit der Fraktion den Anträgen des Gemeinderates zustimmt. Ein anderes Fraktionsmitglied wird die Argumente der Minderheit noch aufzeigen. Einig ist die Fraktion, dass das Anliegen eines Hallenbades sehr berechtigt ist. Der Besuch in Schaffhausen war aufschlussreich, die Situation in Thun ist aber nicht vergleichbar. Die Fraktion bedauert, dass im Businessplan Finanzierungsmöglichkeiten ausserhalb des städtischen Budgets nur rudimentär aufgezeigt wurden. Zu bedenken ist auch, dass sich das überdachte Schwimmbad nicht für Schwimmkurse von Kleinkindern und jungen Primarschülern eignen würde. Des Weiteren führten die schlechte Energiebilanz der Traglufthalle und die Finanzierung, welche Einsparungen in anderen Bereichen erfordern würde, zur Ablehnung. Die Fraktion unterstützt aber prinzipiell den Bau eines neuen Hallenbades. Es soll nun in Bälde und regional nach Lösungen gesucht werden.

Konrad Hädener, **Fraktion der Mitte**, hat sich mit der Initiative schwer getan. Erkenntnisreich war der Besuch in Schaffhausen, wo mit einer gesamtheitlichen und vorausschauenden Planung eine ausserordentliche Sportanlage gebaut wurde. In Thun hingegen wurde schon jede Gelegenheit verpasst, die notwendigen Investitionsentscheide terminlich so aufeinander abzustimmen, dass Synergien zwischen den Sportanlagen genutzt werden könnten. Von einem Sportcluster kann heute keine Rede sein. Zwar wäre eine Traglufthalle gut machbar, die Voraussetzungen aber ganz anders als in Schaffhausen. Das Konzept für Sport und Bewegungsräume sieht eine Unterstützung der Initianten bei der Planung einer Überdachung des 50-Meter-Beckens vor. Von der geplanten Dringlichkeit ist nichts mehr spürbar. Der inzwischen dreijährige Verzug ist unerklärlich. Von allen Seiten wird nun gefordert, dass der Betrieb selbsttragend sein müsste. Auch davon war im Sportstättenkonzept nicht die Rede. Es gibt noch etliche, nicht einfach zu beantwortende Fragen. Es zeugt nicht von viel Goodwill seitens der Verwaltung, dies den Initianten vorzuwerfen. Es liegt zum Beispiel in der Natur einer Volksinitiative, dass deren Umsetzungskosten noch nicht in der Finanzplanung eingeschlossen sind. Es ist nicht überzeugend, dass der Gemeinderat den Bedarf eines gedeckten Bades erkennt, aber auf einen Gegenvorschlag verzichtet. Der Stadtrat hat zeitlich keine Möglichkeit mehr, einen solchen zu verlangen. Er bedauert, dass die Stadt für die Initianten kein verlässlicher Partner war. Unter Umständen wäre ein klarer Verzicht in Thun mindestens auch ein klares Signal an andere Trägerschaften wie Heimberg, diese Lücke zu schliessen. Die Fraktion schliesst sich den Ausführungen des Gemeinderates an und folgt dessen Anträgen. Die Traglufthalle wäre zwar möglich, aber als wiederkehrende Belastung zurzeit kaum vertretbar. Das Konzept ist für Thun nicht überzeugend. Der Bedarf aber ist unbestritten. Darum muss bis zur Volksabstimmung im Juni 2013 geklärt werden, was die Alternative sein könnte.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die saubere Analyse und die folgerichtigen Schlüsse. Die Argumente des Gemeinderates überzeugen. Der Bedarf an Schwimmfläche ist unbestritten. Die Traglufthalle wäre eine gute Idee, ist aber aus vielen Gründen nicht realisierbar und könnte auch nicht alle Bedürfnisse abdecken. Das Bad könnte zum Beispiel von den kleinen Schulkindern nicht genutzt werden. Aus Sicht der Fraktion wäre eine Traglufthalle nur ein Provisorium. Sie empfiehlt, dass die Stadt mit dem Entwicklungs- und dem Wirtschaftstraum Thun einen Standort für ein Hallenbad diskutiert. Im Raum Thun wäre ein Sportcluster sehr wünschbar. Dazu gehört ein Hallenbad und ein Wellnesspark, welche den heutigen energietechnischen Voraussetzungen entsprechen. Aus diesen Gründen lehnt die Fraktion die Initiative ab.

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, wird dem Antrag des Gemeinderates folgen. Eine Ablehnung löst aber die Problematik nicht, weil nach wie vor ein 50-Meter-Schwimmbecken fehlt. Die Traglufthalle lehnt die Fraktion vor allem wegen der fehlenden Energiebilanz sowie den Finanzen ab. Die Erfahrungen mit den wenigen Traglufthallen in der Schweiz deuten darauf hin, dass deren Betrieb wohl eine grosse technische Herausforderung ist. Im Weiteren würde ein ganzjähriger Betrieb des Strandbades allenfalls auch mit den Anliegen des Naturschutzes und dem dortigen Wattvogelrastplatz kollidieren. Die Fraktion findet es wichtig, dass das Anliegen von Schwimmmöglichkeiten im Winter in der politischen Agenda verbleibt. Notwendig ist aber eine definitive Lösung und nicht ein Provisorium.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, freut, dass die Initiative zustande gekommen ist. Die Fraktion unterstützt einstimmig in allen Punkten die Argumente des Gemeinderates. Persönlich tut ihm dieser Entscheid weh, da das Bedürfnis eines Hallenbades unbestritten ist. Die Realität zeigt aber, dass die Betriebskosten sehr hoch wären. Auch der Energieverbrauch ist gross. Gewisse Punkte des Businessplans wurden nicht seriös geklärt. Unbestritten ist, dass das Projekt Hallenbad auf der politischen Agenda bleiben muss. Eventuell wäre es gut, private Investoren zu suchen.

Sabine Kaufmann (SP) spricht für die Minderheit der Fraktion. Unbestritten ist, dass ein Schwimmbecken gewünscht ist. Die Initianten fordern ein Schwimmsportbecken und kein Familienbad. Um den Schwimmsport richtig ausüben zu können, müssen auch im Winter Trainingsmöglichkeiten vorhanden sein. Auch weil andere Sportarten im Winter nur eingeschränkt auszuführen sind, wäre eine Schwimmhalle sehr sinnvoll. Die Minderheit der SP-Fraktion empfiehlt die Annahme der Initiative, weil es besser ist, ein Provisorium als gar keine Winterschwimmmöglichkeit zu haben.

Gemeinderätin Ursula Haller weist darauf hin, dass es in der Schweiz (neben Schaffhausen) nur zwei weitere Traglufthallen gibt. Dies zeigt, dass diese Lösung nicht die Beste sein kann. Die Situation in Schaffhausen ist nicht mit Thun vergleichbar. Der Gemeinderat begrüsst die Initiative an sich. Sie sensibilisiert betreffend der Bedürfnisse des Schwimmsports. Es ist sehr wichtig, dass auch diese Sportart ihren Platz hat. Zum Votum von Stadträtin Sandra Rupp Gyger: Selbstverständlich wäre ein Winterdach möglich. Der kürzlich gefällte politische Entscheid betreffend des Atomausstiegs und die neue Wichtigkeit von energiearmen Bauten haben dazu geführt, dass eben auch Bauten wie ein Winterdach heute hinterfragt werden müssen. Zum Votum von Stadtrat Hädener, das ABS habe keine Sportstättenplanung: Auch der Gemeinderat und das ABS würde gerne einen Neubau mit verschiedenen Sportstätten realisieren und Synergien nutzen. Dies ist aber mit den bestehenden Anlagen mit unterschiedlichen Erstellungsdaten und Standorten nicht möglich. Im Aufgaben- und Finanzplan sind bis 2016 156 Mio. Franken eingestellt. Bei der Setzung der Prioritäten haben auch andere Bereiche und nicht nur der Sport ihre Berechtigung. Es fehlt nicht am Willen, aber die Prioritäten wurden anders gesetzt. Zur Erinnerung: Schon in den 60er Jahren war ein Hallenbad geplant, das Vorhaben wurde aber aus nicht bekannten Gründen damals ad acta gelegt. Dank der Initiative kommt das Begehren wieder ins Rollen. Es hat aber auch Begehrlichkeiten der anliegenden Gemeinden (Oberhofen, Heimberg) ausgelöst. Es ist alles eine Frage der Finanzierung. Es ist klar, dass sich der nun vorliegende Businessplan des Vereins noch nicht zu allen Details, wie zum Beispiel dem Sponsoring, äussert. Dies ist bei der unklaren Situation auch nicht möglich. Die Stadt hat für das Strandbad 11,16 Mio. Franken, davon 8,7 Mio. Franken für den baulichen Teil und 2,4 Mio. Franken für Investitionen eingestellt. Selbstverständlich wird der Gemeinderat ein Hallenbadprojekt nicht schubladisieren. Zur Kritik, das ABS hätte nicht vorwärts gemacht: Im Jahr 2007 hat der Gemeinderat von den Initianten einen seriösen Businessplan verlangt. Es dauerte drei Jahre bis dieser vorgelegt wurde. Gemeinderätin Haller bittet den Stadtrat auch noch zur Abstimmungsbotschaft Stellung zu nehmen. Der Gemeinderat zieht Ziffer 4 seines Antrages zurück, da am 9. Juni 2013 eine eidgenössische Abstimmung stattfindet. Die Abstimmung über die Initiative würde somit an diesem Datum durchgeführt.

B. Abstimmungsbotschaft

Lukas Lanzrein, **SVP-Fraktion**, beantragt eine Ergänzung der Abstimmungsbotschaft auf Seite 4, Titel Fazit, 2. Punkt. Der erste Satz soll heissen: „Mit der Ablehnung der Initiative fällt aber eine spätere Realisierung eines solchen Projektes nicht aus der politischen Agenda, sofern die Finanzierung sichergestellt ist.“ Mit dieser Ergänzung ist es unmissverständlich, dass die gesicherte Finanzierung bei der Realisierung eines Hallenbades ein zwingender Punkt ist. Die Formulierung trägt zu einer glaubwürdigen Abstimmungsbotschaft bei.

Gemeinderätin Ursula Haller gibt keine Empfehlung zum Antrag ab. Selbstverständlich wird der Gemeinderat auch ohne diese Ergänzung ein Projekt nur realisieren, wenn dieses finanzierbar ist.

Der Rat stimmt dem Änderungsantrag der SVP-Fraktion mit 35 : 4 Stimmen zu.

Der Rat genehmigt folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 25 StV und nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 18. Januar 2013, beschliesst mit 36 : 3 Stimmen:

1. Die Initiative "Für das Erstellen eines Winterdachs im Strandbad Thun" wird abgelehnt.
2. Den Stimmberechtigten wird Ablehnung beantragt zu folgendem

Gemeindebeschluss:

Die Stimmberechtigten von Thun, gestützt auf Artikel 21 Absatz 1 lit. f der Stadtverfassung sowie nach Kenntnisnahme von der stadträtlichen Botschaft vom 14. Februar 2013 beschliessen:

1. Die Initiative "Für das Erstellen eines Winterdachs im Strandbad Thun" wird angenommen.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.
3. Die Abstimmungsbotschaft (inkl. des Änderungsantrages der SVP-Fraktion) wird mit 36 : 0 Stimmen und 3 Enthaltungen genehmigt.
4. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

12. Postulat P 14/2012 betreffend nachhaltige Steuersenkungen

Lanzrein Lukas (SVP), Aellig Hanspeter (FDP) und Mitunterzeichnende vom 20. September 2012; Beantwortung

Lukas Lanzrein (SVP), nimmt mit Bedauern zur Kenntnis, dass die vorgeschlagene Alimentierungsmethode aufgrund übergeordneten Rechts nicht möglich ist. Damit ist die Hauptidee des Vorstosses obsolet. Der Gemeinderat führt richtigerweise aus, dass eine Alimentierung mit fixen Beträgen per Stadtratsbeschluss möglich wäre. Folgerichtig wäre eine Steuersenkung dann aber auch über das Eigenkapital möglich. Nicht einverstanden ist er, dass die Senkung der Steuern keine öffentliche Aufgabe sei. Unter den gegebenen Umständen ziehen die Postulanten die Ziffern 1 und 2 zurück. Mit der Antwort auf Frage 3 sind die Postulanten nicht zufrieden. Der Gemeinderat zeigt keine konkreten Massnahmen auf, wie Steuersenkungen realisiert werden könnten. Der Verweis auf den Aufgaben- und Finanzplan ist nicht korrekt. Zudem ist nicht klar, was sich der Gemeinderat unter einer „kritischen Beobachtung der Situation“ vorstellt. Darum bittet er um Annahme der Ziffer 3 und deren Nichtabschreibung.

Hanspeter Aellig (FDP), dankt dem Gemeinderat für die umfassende Prüfung des Postulates. Er bedauert, dass eine Spezialfinanzierung rechtlich nicht möglich ist. Die Postulanten haben bei Ziffer 3 eine Auslegeordnung gewünscht. Das hat der Gemeinderat nicht geliefert. Richtig ist, dass die Aufwände die Steuerhöhe bestimmen. Die Steuereinnahmen können nur gesteigert werden, wenn die Stadt steuerlich attraktiver ist. Darum sind finanzpolitische Visionen notwendig.

Für die **FDP-Fraktion** bittet er um Annahme der Ziffer 3 und deren Nichtabschreibung.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, ist weder grundsätzlich gegen Steuersenkungen noch möchte sie mehr Steuern zahlen. Die Fraktion will aber eine funktionierende Stadtverwaltung, die faire Löhne zahlt und die die Aufgaben zugunsten der Bürger und Bürgerinnen wahrnehmen kann. Die Stadt wird in den nächsten Jahren Investitionen tätigen müssen. Es ist nicht möglich, Investitionen zu tätigen und gleichzeitig Steuern zu senken. Die Infrastruktur ist für die Attraktivität einer Stadt weit wichtiger, als der Steuerfuss. Die Fraktion lehnt das Postulat ab, da es mit den beschlossenen Ausgaben und Aufgaben unvereinbar ist.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, weist darauf hin, dass Steuersenkungen nur bei einer Verringerung der Ausgaben möglich sind. Der Spielraum der Gemeinde ist aber aufgrund der gebundenen Abgaben an den Bund und den Kanton sehr eingeschränkt. Über Ausgaben, die für die Gemeinde beeinflussbar sind, kann der Stadtrat bestimmen. Die Fraktion ist mit der Antwort des Gemeinderates zufrieden und unterstützt die Abschreibung des Postulates.

Für Thomas Hiltpold, **Fraktion Grüne**, geht es bei diesem Vorstoss um mediale Effekthascherei und um persönliche Profilierung. Es zeugt von wenig politischer Demut, wenn die gleichen Leute, welche die Steuersenkungsinitiative nicht zustande brachten, nun einen grösstenteils rechtlich unzulässigen Vorstoss zum gleichen Thema einreichen.. Eine einfache Anfrage beim Rechtsdienst hätte Genüge getan. Wer das Steuersparen zur erstrangigen öffentlichen Aufgabe erklärt, den interessieren die echten öffentlichen Aufgaben wie Bildung, Infrastruktur, Sicherheit, Soziales und Umwelt nur zweitrangig. Die Postulanten wollen dem Staat Mittel entziehen, damit er keine Handlungsmöglichkeiten mehr hat. Dies ist in mehrfacher Hinsicht unglaubwürdig. Mit einer Spezialfinanzierung schafft man mehr Bürokratie statt sie abzubauen. Die gleichen Leute, die mehr unternehmerische Freiheit fordern, wollen genau diesen Spielraum der Stadt entziehen. Ebenfalls unglaubwürdig ist, dass dieselben Exponenten Grossinvestitionen in Parkieranlagen, Schulen und Wirtschaftsförderung unterstützten, aber der Stadt die Mittel nicht zur Verfügung stellen wollen, sondern neue Schulden anwachsen lassen wollen. Wie soll diese Rechnung aufgehen? Man kann nicht mit einer Hand bestellen und mit der andern die Bezahlung verweigern. Wenn die Ziffern 1 und 2 nicht zurückgezogen worden wäre, wäre das Nichteintreten die einzig angemessene Antwort gewesen. Es braucht auch keinen Bericht, welcher Entlastungsmöglichkeiten aufzeigt, wie es in Ziffer 3 verlangt wird. Die Stadtratsmitglieder können jährlich im Rahmen der Budgetdiskussion die Ausgaben beschliessen, welche die Steueranlage bestimmen. Die Fraktion lehnt die Ziffer 3 des Postulates ab. Falls sie angenommen würde, wünscht sie deren sofortige Abschreibung.

Andreas Kübli, **Fraktion der Mitte**, dankt dem Gemeinderat für die klare Antwort. Die Fraktion vertraut der Exekutive, dass diese nicht aus reiner Bequemlichkeit am Steuerfuss festhält. Klar ist, dass nicht alleine der Steuerfuss ausschlaggebend für die Wahl des Standortes ist. Ebenfalls klar ist, dass die Ausgaben den Steuerfuss bestimmen. Es ist die Aufgabe der Stadtratsmitglieder, diese Ausgaben zu lenken. Es hat sich bei der letzten Aufgaben- und Verzichtsplanung gezeigt, wie schwierig es ist, Einsparungen zu machen. Es bräuchte viele solcher Planungen, um bei einem tieferen Steuersatz die tieferen Steuereinnahmen auszugleichen. Die Fraktion ist der Meinung, dass das Thema Steuersenkung nun im Rat zu Genüge diskutiert wurde. Im Moment ist eine Steuersenkung nicht angebracht. Die Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates und schreibt das Postulat ab.

Lukas Lanzrein (SVP) will auf die persönliche Angriffe von Thomas Hiltpold nicht eingehen. Nicht korrekt ist, dass die SVP laufend Ausgaben bewilligt. Zum Beispiel hat die Fraktion die Schulsozialarbeit und die IT-Aufstockung an Schulen ablehnt. Auch hat die Fraktion kein öffentlich finanziertes Hallenbad gefordert. Aus seiner Sicht besteht das Recht, einen solchen Vorstoss einzureichen.

Laut **Stadtpräsident Raphael Lanz** ist der Aufgaben- und Finanzplan ein taugliches Instrument, um die Entwicklung der Steueranlage zu beurteilen. Es ist zu beachten, dass bei einer Senkung des Ertrages auch die Aufwände verringert werden müssten. Thun ist sehr attraktiv. Der Steuerfuss ist nur ein Element beim Standortentscheid. Erfreulich ist, dass das Steuersubstrat zugenommen hat. Der Aufwand der Stadt ist nur in wenigen Bereichen beeinflussbar, weil gesetzliche Regelungen auf Bundes- und kantonaler Ebene viele Aufgaben der Gemeinden festlegen. Nur bei den freiwilligen Aufgaben der Stadt könnten die Aufwände verringert werden. Der Gemeinderat hat keine Patentrezepte, die zu einer Steuersenkung führen würden. Es ist im Einzelfall zu entscheiden, ob eine Ausgabe getätigt werden soll. Im Moment ist sogar unklar, ob der Prognosewert der Steuererträge erreicht werden kann. Wenn dieser nicht erreicht wird, wird der Gemeinderat Massnahmen anordnen müssen. Auch die Einsparungen des Kantons werden Auswirkungen auf die Gemeinde haben. Eine Steuersenkung kann darum realistischerweise nicht in Aussicht gestellt werden. Der Gemeinderat wird sich aber weiterhin für eine solide Finanzpolitik einsetzen und sorgfältig mit den Steuergeldern umgehen.

Der Rat erklärt das Postulat (Ziffer 3) mit 27 : 12 Stimmen als erheblich.

Der Rat schreibt das Postulat (Ziffer 3) mit 24 : 15 Stimmen ab.

13. Postulat P 15/2012 betreffend kinderfreundliche Gemeinde

SP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 20. September 2012; Beantwortung

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Antwort. Gemeinderätin Ursula Haller hat in der Sachkommission informiert, dass zuerst die Stufe 1 durchgeführt werden soll. Die Postulanten wünschen, dass das Angebot der Stadt in einer Standortbestimmung analysiert wird. Sollte die Stufe 2 angepeilt werden, wäre ein Workshop notwendig. Die Fraktion erhofft sich, dass der Aktionsplan dazu führt, dass die Stadt mehr agiert denn reagiert und Prioritäten setzt. Die Stadt macht schon sehr viel. Es geht um sinnvolle Lösungen. Die Kosten sind für die erste Stufe mit Fr. 4'000.-- erträglich. Auch die einzelnen Massnahmen könnten kosten. Die Fraktion bittet um die Annahme des Postulates und bittet den Gemeinderat, die Resultate der Analyse den Stadtratsmitgliedern vorzulegen.

Jonas Baumann, **Fraktion der Mitte**, wünscht sich auch eine kinderfreundliche Stadt. Die Fraktion hofft, dass sich der Run auf Labels nun aber legt. Das Geld soll besser in konkrete Projekte, denn in Label gesteckt werden. Eine Familie zieht aus praktischen Gründen nach Thun, nicht wegen eines Labels. Die Prüfung der Stufe 1 ist aber richtig. Die Analyse hilft, blinde Flecken aufzudecken. Die Stufe 2 ist nicht sinnvoll. Die Fraktion stimmt dem Postulat zu.

Peter Stutz, **Fraktion Grüne**, erscheint eine Gesamtschau (Stufe 1) als sinnvoll. Es ist nicht zu vergessen, dass die Projekte einzeln hart erkämpft werden mussten. In der Zukunft wäre eine Gesamtplanung wünschenswert. Die Fraktion unterstützt das Postulat einstimmig.

Susanna Ernst, **BDP-Fraktion**, ist der Meinung, dass Thun bereits sehr viel für eine kinderfreundliche Stadt leistet. Dies geht aus der Liste des Gemeinderates hervor. Trotzdem begrüsst es die Fraktion, dass der Gemeinderat die Stufe 1 prüfen will. Die Resultate sollen dem Stadtrat zur Verfügung gestellt werden. Die Stufe 2 soll nicht angegangen werden. Auch ein Label lehnt die BDP ab.

Christian Josi, **SVP-Fraktion**, stört sich an den Kosten, die keinen Mehrwert bringen. Wesentlich ist, dass Thun eine kinderfreundliche Stadt ist. Die sporadische Überprüfung der Anliegen der Kinder hat der Stadtrat vorzunehmen und nicht an das UNICEF zu delegieren. Unklar sind die Kriterien, die erfüllt sein müssten, damit die Stadt das Label erhält. Ein Kind hat mehr von realen Projekten als von einem Label. Die Fraktion glaubt nicht, dass nur die Stufe 1 durchgeführt werden soll und dann die weiteren Stufen nicht angegangen werden. Sie lehnt das Postulat ab.

Gemeinderätin Ursula Haller bestätigt, dass der Gemeinderat betreffend die Stufe 2 (Schritte 4-7) zurückhaltend ist. Der Gemeinderat will vorerst die Stufe 1 (Schritte 1-3) auslösen und aufgrund der Ergebnisse entscheiden, ob die weiteren Stufen angegangen werden. Es ist richtig, dass die Stadt nicht Labels sammeln, sondern sich auf das Wesentliche konzentrieren soll. Eine Bestandesaufnahme bezüglich der Kinderfreundlichkeit ist aber sicher sinnvoll. Auch mit einer Annahme des Familienartikels an der eidgenössischen Abstimmung vom 3. März 2013 würde die Gemeinde nach wie vor entscheiden, welche Projekte sie umgesetzt haben will. Es zeigt sich bei den Neuzuzügerempfängen wiederholt, dass die Kinderfreundlichkeit ein wichtiges Thema ist. Der Gemeinderat empfiehlt die Annahme des Postulates.

Sandra Rupp Gyger (SP) stellt fest, dass sie nicht gesagt habe Thun sei keine kinderfreundliche Stadt. Auch wenn Thun kinderfreundlich ist, können gewisse Bereiche verbessert werden. Auch wird ein solches Label nicht massenhaft Familien nach Thun ziehen. Trotzdem ist ein positiver Effekt unbestritten. Es geht mehr um den Inhalt, als um das Label. Es braucht eine Gesamtschau, die zu einer Gesamtplanung führen kann. Stufe 2 würde auch einen Mehrwert bringen.

Der Rat erklärt das Postulat mit 23 : 16 Stimmen als erheblich.

Sitzungsunterbruch: 5 Minuten

14. Postulat P 16/2012 betreffend Zonen für urbanes Wohnen, Kultur und Nachtleben

Lanzrein Lukas (SVP), Buchs Christine (FDP), Lanz Serge (FDP), Schori Franz (SP), de Meuron Andrea (Grüne), BDP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 20. September 2012; Beantwortung

Lukas Lanzrein (SVP), freut, dass der Gemeinderat das Postulat zur Annahme empfiehlt. Weniger erfreulich ist die Antwort des Gemeinderates. Sie ist einerseits unverständlich, andererseits werden nicht alle Fragen beantwortet. Zum Beispiel wurden keine Ausführungen zu möglichen Standorten gemacht. Es besteht die Gefahr, dass zu viel in die Ortsplanungsrevision gepackt wird. Der Gemeinderat soll das Anliegen nun wirklich angehen. Die **SVP-Fraktion** empfiehlt die Annahme des Postulates.

Andrea de Meuron (Grüne), schliesst sich der Antwort des Gemeinderates an. Es ist begrüssenswert, dass die Stadt ihr Engagement in der Arbeitsgruppe des schweizerischen Städteverbandes ausbauen will. Selbstverständlich muss das übergeordnete Recht auf kantonaler und nationaler Ebene berücksichtigt werden. Der Gemeinderat will das Anliegen aber erst im Rahmen der nächsten Ortsplanungsrevision umsetzen. Es besteht damit die Gefahr, dass es sehr lange dauert, bis eine solche Zone geschaffen wird. Auch könnte eine solche Zone aufgrund der überladenen Vorlage ganz scheitern. Die Konflikte bleiben bis dahin ungelöst. Die Nachtlokale werden weiterhin in unerschlossenen Gebieten entstehen. Es bleibt Handlungsbedarf, zum Beispiel beim Café Mokka. Bis zur Ortsplanungsrevision braucht es schon heute das Engagement des Gemeinderates. Auch ohne Ortsplanungsrevision können Umzonungen stattfinden. Der Gemeinderat soll aufzeigen, wo in der Stadt dem Nacht- und dem urbanen Leben Rechnung getragen werden kann.

Andreas Kübli, Fraktion der Mitte, weist darauf hin, dass es sich um ein regionales Problem handelt, das nicht schnell gelöst werden kann. Die Fraktion wünscht, dass der Gemeinderat potentielle Konfliktorte im vornherein analysiert. Die Entwicklungen in anderen Städten und auf Bundesebene sollen weiter beobachtet werden. Es ist aber schon fraglich, ob es je wieder ein Selve-Areal geben kann. Die Fraktion hofft auf die baldige Ortsplanungsrevision. Das vorgeschlagene Vorgehen erscheint sinnvoll. Die Fraktion wird das Postulat annehmen.

Thomas Marghitola, **BDP-Fraktion**, nimmt das Postulat an und erwartet vom Gemeinderat, dass er das Thema proaktiv angeht. Fünf Jahre nach Schliessung des Selve-Areals und nach diversen Problemen bei den heutigen Lokalen ist es notwendig, dass der Gemeinderat die Initiative im Bereich der Ausgehmöglichkeiten ergreift. Damit die Stadt im Wettbewerb mithalten kann, muss sie auch Ausgehmöglichkeiten bieten. Die Fraktion nimmt den Gemeinderat beim Wort, der die Rahmenbedingungen für ein friedliches Nebeneinander von unterschiedlichen Nutzern fördern will. Die BDP erwartet, dass dadurch auch Anlässe durchgeführt werden können.

Christine Buchs, **FDP-Fraktion**, unterstützt das Postulat. Es ist richtig, dass die Stadt ihre Rolle im Städteverband ausbaut. Enttäuschend ist das Nichteintreten auf die Ziffer 1. Die Gründe dafür sind nicht bekannt. Die Postulanten wollten Aussagen über mögliche Standorte von Ausgehlokalen. Diese Ausführungen sind nicht erfolgt. Die Fraktion fühlt sich verärgert, wenn auf die Ortsplanungsrevision verwiesen wird. Die Wertschöpfung von angesagten Lokalen findet in anderen Städten statt. Der Gemeinderat verspricht ein aktives Angehen. Die FDP-Fraktion wartet nun gespannt auf die Ergebnisse.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, teilt die Kritik der Votanten. Selber hat er in Thun verschiedene Ausgangsphasen erlebt. Der Gemeinderat hat sich in den letzten zehn bis zwanzig Jahren zu wenig um das Thema gekümmert. Man dachte, dass der freie Markt die Situation regeln würde. Dies führte zu Problemen in der Innenstadt und hat periphere, nicht mit dem öffentlichen Verkehr erschlossene, Lokale zur Folge. Der Grundgedanke, eine Ausgangszone zu schaffen, ist revolutionär. Das Nachtleben hätte ein Vorrecht gegenüber dem Wohnrecht. Es ist erfreulich, dass alle politischen Lager diesen Gedanken aufgenommen haben. Thun ist damit die erste Stadt, die sich mit dieser Idee befasst. Solange von Bundesrecht keine Ausgangszone vorgesehen ist, kann eine solche nicht geschaffen werden. Der Weg über die Ortsplanungsrevision ist richtig. Der Rat ist gewohnt, dass die Postulate bereits geprüft sind, bevor sie überwiesen werden. Bei diesem Postulat wäre der Aufwand extrem hoch und eine detaillierte Antwort wohl innert der kurzen Zeit nicht möglich gewesen. Daher ist es sinnvoll, dass der Stadtrat zuerst eine vertiefte Prüfung anordnet, bevor diese erfolgt. Sicherlich braucht es weiterhin die gemischten Zonen, wie in der Innenstadt. Es ist logisch, dass dadurch immer wieder Probleme entstehen. Er freut sich über die Bereitschaft des Gemeinderates, dieses Postulat anzunehmen und im Städteverband mehr Einfluss zu nehmen. Die Fraktion wird das Postulat annehmen.

Stadtpräsident Raphael Lanz schliesst sich dem Votum von Franz Schori an. Nimmt der Rat das Postulat an, wird der Gemeinderat das Anliegen, wie es die Postulanten verlangen, vertieft prüfen. Betreffend des Café Mokka ist der Gemeinderat im Gespräch mit den Beteiligten. Es ist klar, dass es auch bei einer Ausgehzone zu solchen Konflikten kommen würde. Es ist nicht zu vergessen, dass auch die „Selve-Zeit“ nicht in allen Bereichen unproblematisch war. Betreffend die Ortsplanung ist auch der Grundsatz der Planbeständigkeit zu beachten. Änderungen müssen langfristig sein. Deshalb ist eine gesamtheitliche Planung unumgänglich.

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich.

15. Interpellation I 2/2013 betreffend Realisierungsaussichten auf ein Hallenbad

Fraktion der Mitte vom 14. Februar 2013; Dringlichkeit

Konrad Hädener, **Fraktion der Mitte**, begründet die Dringlichkeit. Einerseits findet die Abstimmung über die Gemeindeinitiative „Für das Erstellen eines Winterdachs im Strandbad Thun“ nun definitiv am 9. Juni 2013 statt. Andererseits ist es ein Gebot der politischen Glaubwürdigkeit, dass der Gemeinderat aufzeigt, wie real ein Hallenbad wirklich ist. Klar ist, dass vom Gemeinderat in dieser kurzen Zeit keine umfassende Antwort erwartet werden kann.

Stadtpräsident Raphael Lanz zweifelt, dass der Gemeinderat die geforderten Unterlagen in der kurzen Zeit im gewünschten Detaillierungsgrad liefern kann. Zweitens könnte es für die Stimmberechtigten verwirrend sein, wenn die soeben vom Stadtrat beschlossene Abstimmungsbotschaft durch ein weiteres Dokument ergänzt wird. Der Gemeinderat lehnt die Dringlichkeit ab.

Der Rat lehnt die Dringlichkeit mit 19 : 15 Stimmen und einer Enthaltung ab.

Mitteilungen

Der Stadtratspräsident informiert über den Rücktritt der Protokollführerin Alexandra Bachmann. Sie hat während zehn Jahren das Protokoll des Stadtrates geschrieben. Er dankt ihr für ihren langjährigen Einsatz und wünscht ihr auf ihrem weiteren Lebensweg alles Gute im Beruflichen und Privaten.

Ferner ruft er den Skitag vom 2. März 2013 und die Anmeldefrist in Erinnerung.

Eingänge

- Motion für mehr Handlungskompetenz des Stadtrates in finanzpolitischen Fragen; Lukas Lanzrein (SVP), Hanspeter Aellig (FDP) und Mitunterzeichnende der SVP- und FDP-Fraktion vom 14. Februar 2013
- Postulat betreffend Überprüfung Zebrastreifen auf Gemeindestrassen; Sandra Rupp (SP), Andrea de Meuron (Grüne) und Mitunterzeichnende vom 14. Februar 2013
- Interpellation betreffend Realisierungsaussichten auf ein Hallenbad; Fraktion der Mitte vom 14. Februar 2013 (Dringlichkeit abgelehnt)
- Interpellation betreffend Beiträge der Regionalen Kulturkonferenz Thun (RKK); SVP-Fraktion vom 14. Februar 2013

Der Stadtratspräsident

Der Stadtratssekretär

Peter Aegerter

Remo Berlinger